- I. Einleitung
- II. Trends bei der öffentlichen Entwicklungshilfe
- III. Parallele Kürzungen der ODA und Erhöhungen der Militärausgaben durch die DAC-Staaten
- IV. Öffentliche Entwicklungshilfe im Verhältnis zum steigenden globalen Bedarf
- V. Schlussfolgerungen
- Anhang A. Methodik der empirischen Analyse

- Dies ist die zweite von drei Publikationen, die im Rahmen des von der Gates-Stiftung finanzierten Projekts „Entwicklungshilfe als Sicherheitspriorität“ entstanden sind. Die vorliegende Studie untersucht die zunehmende Diskrepanz zwischen Militärausgaben und Entwicklungshilfe in den OECD-DAC-Mitgliedstaaten und kommt zu dem Schluss, dass Kürzungen der Entwicklungshilfe erhebliche humanitäre und entwicklungspolitische Folgen haben werden, während sie im Vergleich zu geplanten Erhöhungen der Militärausgaben nur geringe Einsparungen bringen. Die abschließende Studie wird die sich wandelnde Beziehung zwischen Entwicklung und Sicherheit in Europa beleuchten.

ICH.Einführung

- Die 34 Mitglieds- und assoziierten Staaten des Entwicklungshilfeausschusses (DAC) der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) sind die wichtigste Quelle humanitärer und Entwicklungshilfe. Doch in einer Zeit, in der der globale Entwicklungs- und humanitäre Bedarf ein beispielloses Ausmaß erreicht, befindet sich die offizielle Entwicklungshilfe (ODA) der DAC-Staaten in einer Phase deutlichen Rückgangs.¹ Die Zahl bewaffneter Konflikte hat Rekordwerte erreicht, humanitäre und Gesundheitskrisen treten häufiger und langwieriger auf, und viele Entwicklungsländer kämpfen mit anhaltender Armut, schwachem Wirtschaftswachstum und steigender Verschuldung.² Nach Rekordhöhen der ODA in den Jahren 2022 und 2023, die maßgeblich auf die außergewöhnliche Unterstützung für die Ukraine und die Kosten für die Aufnahme von Flüchtlingen in Geberländern (sogenannte In-Donor-Flüchtlingskosten, IDRC) zurückzuführen waren, sind die Hilfsleistungen stark zurückgegangen (siehe Abbildung 1).
- Dieser Rückzug findet vor dem Hintergrund der größten Veränderung des globalen Sicherheitsumfelds seit dem Ende des Kalten Krieges statt. Die Militärausgaben vieler DAC-Mitgliedstaaten steigen rasant an, angetrieben durch die Aufrüstung in Europa und erneuerte

Ausgabenverpflichtungen seit dem Einmarsch der Russischen Föderation in die Ukraine sowie inmitten allgemein erhöhter geopolitischer Spannungen. Obwohl sich Entwicklungshilfe und Militärausgaben historisch gesehen weitgehend parallel entwickelt haben, ist in den letzten Jahren eine deutliche Divergenz der Ausgabentrends zu beobachten; und, wie im Folgenden erläutert, haben Regierungen in einigen Fällen Kürzungen der Entwicklungshilfe explizit mit der Finanzierung höherer Militärausgaben begründet.

- Obwohl das Ausmaß der jüngsten Divergenz viel Aufmerksamkeit erregt hat, birgt die alleinige Fokussierung auf die jüngsten Kürzungen der öffentlichen Entwicklungshilfe (ODA) und die Erhöhungen der Militärausgaben die Gefahr, einen längerfristigen Strukturwandel zu verschleiern. Diese Studie untersucht die Komplexität dieser beiden Trends und kommt zu dem Ergebnis, dass selbst eine beträchtliche Lücke zwischen ODA-Bedarf und -Finanzierung im Verhältnis zum Umfang der geplanten Erhöhungen der Militärausgaben in den DAC-Staaten gering ist. Dies wirft die Frage auf, inwieweit Kürzungen der Entwicklungshilfe sinnvoll zur Wiederbewaffnung beitragen können, während sie gleichzeitig potenziell erhebliche Entwicklungs- und humanitäre Folgen haben. Die Studie bewertet zunächst (in Abschnitt II) die jüngsten Entwicklungen in der ODA neu, indem sie zwischen temporärer, krisenbezogener Hilfe der letzten Jahre und der eigentlichen Entwicklungshilfe unterscheidet. Dies ermöglicht ein differenzierteres Bild als die Betrachtung der gesamten ODA-Zahlen allein. Anschließend analysiert sie (in Abschnitt III) die wachsende Divergenz zwischen Militärausgaben und ODA in den DAC-Staaten, einschließlich Fallstudien zu Deutschland und dem Vereinigten Königreich, um zu untersuchen, ob die Entwicklungshilfe zunehmend durch höhere Militärausgaben verdrängt wird. Abschließend betrachtet die Studie die öffentliche Entwicklungshilfe (ODA) im Verhältnis zum rasch steigenden globalen Entwicklungs- und humanitären Bedarf. Mithilfe ökonometrischer Methoden wird ein bedarfsangepasster Hilfsbedarf und die daraus resultierende Finanzierungslücke ermittelt. Die Studie schließt (in Abschnitt V) mit der Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse. Anhang A enthält detaillierte Informationen zur Methodik der empirischen Analyse.

II.Trends bei der öffentlichen Entwicklungshilfe

- Im Jahr 2025 kam es zu einem deutlichen Rückgang der öffentlichen Entwicklungshilfe. Laut OECD-Daten belief sich die Entwicklungshilfe der DAC-Staaten im Jahr 2025 auf insgesamt 174 Milliarden US-Dollar, 23 Prozent weniger als im Jahr 2024.[4] Dies entsprach lediglich 0,26 Prozent des gesamten Bruttonationaleinkommens (BNE) dieser Staaten

und lag damit deutlich unter dem Zielwert von 0,7 Prozent des BNE, den die Generalversammlung der Vereinten Nationen 1970 festgelegt hatte.[5] Der Rückgang im Jahr 2025 war der stärkste jemals verzeichnete jährliche Rückgang der Entwicklungshilfe und führte die gesamten Entwicklungshilfezusagen der DAC-Staaten real wieder auf das Niveau von 2015 zurück.

- Während diese Schlagzeilen einen plötzlichen und deutlichen Rückgang der ODA nahelegen, folgte diesem Rückgang der größte jährliche Anstieg der ODA durch die DAC-Staaten seit Beginn der Aufzeichnungen im Jahr 2022. Dieser Anstieg war auf sich überschneidende Krisen zurückzuführen, darunter die anhaltenden Auswirkungen der Covid-19-Pandemie und Russlands umfassende Invasion in der Ukraine, die zu einem starken Anstieg der Hilfen für die Ukraine und der Kosten für Flüchtlinge im Geberland führte.
- Da die öffentliche Entwicklungshilfe (ODA) eine Reihe von Aktivitäten mit unterschiedlichen Zielen und Zeithorizonten umfasst, unterscheidet die OECD zwischen ODA für Entwicklung, ODA für humanitäre Hilfe und ODA für das Internationale Entwicklungs- und Reformprogramm (IDRC). Während humanitäre Hilfe unmittelbare lebensrettende Soforthilfe in Krisensituationen leistet, unterstützen Entwicklungsprogramme die langfristige Armutsbekämpfung, die wirtschaftliche Entwicklung und eine nachhaltige Entwicklung. Die Kosten für Flüchtlinge im Geberland fallen während der ersten Zeit nach Ankunft und Betreuung der Flüchtlinge in den Geberstaaten an und stellen daher keine an Entwicklungsländer transferierten Mittel dar.
- Im Jahr 2022 entfiel fast der gesamte Anstieg der Hilfen auf die Ukraine und das IDRC (siehe Abbildung 1). Diese Unterscheidung zwischen der Unterstützung für die Ukraine und das IDRC einerseits und der sogenannten „Kern“-ODA andererseits ermöglicht ein klareres Bild der ODA, die stärker auf ihren Entwicklungszweck ausgerichtet ist: Armutsbekämpfung, Förderung des wirtschaftlichen Wohlstands und Stärkung der institutionellen Widerstandsfähigkeit in Entwicklungs- und am wenigsten entwickelten Ländern (LDCs).
- Der Anstieg der gesamten öffentlichen Entwicklungshilfe (ODA) in den Jahren vor 2022 war primär auf humanitäre Hilfe zur Deckung des unmittelbaren Bedarfs zurückzuführen. Auch das Internationale Entwicklungs- und Forschungszentrum (IDRC) trug zu diesem Anstieg bei, jedoch in geringerem Maße, insbesondere 2016, als europäische Staaten mit einem starken Zustrom von Flüchtlingen aus Afghanistan und Syrien konfrontiert waren.[6] Das höhere Niveau der gesamten ODA im Jahr 2022 konnte 2023 beibehalten werden, wurde aber 2024 und 2025 von deutlichen Kürzungen abgelöst, was die hohe Volatilität der ODA in den letzten fünf Jahren verdeutlicht. Diese Volatilität ist jedoch der humanitären Hilfe aufgrund der Notwendigkeit, auf anhaltende Krisen zu reagieren, inhärent.

- Eine Fokussierung auf die Kernentwicklungshilfe (ODA) zeigt mehr Stabilität. Ohne Berücksichtigung der bilateralen Hilfe für die Ukraine und das IDRC lag die durchschnittliche jährliche ODA im Zeitraum 2021–2025 um 5,7 Prozent höher als im Zeitraum 2016–2020 (siehe Abbildung 1). Allerdings ging die ODA (sowohl die Gesamt- als auch die Kernentwicklungshilfe) sowohl 2024 als auch 2025 zurück, und angekündigte Kürzungen deuten darauf hin, dass dies den Beginn eines umfassenderen und anhaltenden Rückgangs der Entwicklungshilfe in verschiedenen Bereichen markieren könnte.⁷
- Die Aufschlüsselung der öffentlichen Entwicklungshilfe (ODA) nach verschiedenen Sektoren und Modalitäten zeigt ähnliche Trends wie bei der Kern-ODA. Bis 2025 war die bilaterale Hilfe der DAC-Staaten für Bildung und Gesundheit unter das Niveau vor der COVID-19-Pandemie gesunken (siehe Abbildung 2); den größten relativen Rückgang verzeichnete die Hilfe für Staaten in Subsahara-Afrika.⁸ Bildung und Gesundheit sind grundlegend für die langfristige menschliche Entwicklung und bilden zwei der drei Eckpfeiler des Human Development Index (HDI) des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP). Die anhaltende Reduzierung der Entwicklungshilfe für diese beiden Sektoren könnte daher den Fortschritt der menschlichen Entwicklung gefährden.⁹

Neben der öffentlichen Entwicklungshilfe (ODA) für Bildung und Gesundheit zeigt sich ein ähnlicher Trend auch bei anderen ODA-Komponenten – von Landwirtschaft und Wasserversorgung über die Unterstützung wirtschaftlicher Infrastruktur und Dienstleistungen bis hin zu Konfliktprävention sowie Frieden und Sicherheit. In früheren Jahren dauerten Anstiege oder Rückgänge maximal vier Jahre in Folge, bevor sie sich umkehrten. Seit 2022/23 ist jedoch ein anhaltender Abwärtstrend zu beobachten (siehe Abbildung 2).

Einer Schätzung zufolge könnten die anhaltenden und prognostizierten Kürzungen der ODA-Mittel bis 2030 in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen zu 9,4 bis 22,6 Millionen zusätzlichen Todesfällen durch übertragbare Krankheiten in allen Altersgruppen führen, abhängig vom Ausmaß der Kürzungen.¹⁰ In diesem Zusammenhang zeichnen die jüngsten OECD-Prognosen für 2026–2028 ein düsteres Bild: Weitere Kürzungen der ODA-Mittel für Bildung, Gesundheit, Frieden und Sicherheit sowie Ernährung werden mindestens bis 2028 fortgesetzt.¹¹

Die prognostizierten Kürzungen der Entwicklungshilfe erfolgen vor dem Hintergrund steigenden Bedarfs, angespannter Haushaltslage und des verstärkten Bestrebens der DAC-Staaten nach militärischer Aufrüstung. Da

viele Geberländer der DAC-Staaten ihre nationale Sicherheit stärken und militärische Abschreckung aufbauen wollen, wird die öffentliche Entwicklungshilfe zunehmend gegen die Militärausgaben abgewogen. In diesem Spannungsfeld ist eine Kürzung der öffentlichen Entwicklungshilfe politisch meist einfacher durchzusetzen als die Reduzierung der Sozialausgaben im Inland, Steuererhöhungen oder Kreditaufnahmen.¹²

III.Parallele Kürzungen der ODA und Erhöhungen der Militärausgaben durch die DAC-Staaten

Während die gesamte öffentliche Entwicklungshilfe (ODA) seit 2023/24 beispiellose Kürzungen erfahren hat, entwickelten sich die Militärausgaben vieler Geberländer – die gleichzeitig zu den größten Militärausgebern zählen – in die entgegengesetzte Richtung. Die Militärausgaben der DAC-Mitglieder erreichten einen Höchststand, und der Anstieg gegenüber dem Vorjahr im Jahr 2025 war der höchste seit dem Ende des Kalten Krieges.¹³

Historisch gesehen verliefen die Militärausgaben und Entwicklungsausgaben der DAC-Staaten im Großen und Ganzen langfristig ähnlich. Sie wurden von ähnlichen makroökonomischen und geopolitischen Faktoren bestimmt, wobei die öffentliche Entwicklungshilfe (ODA) kurzfristig stärkeren Schwankungen unterlag (siehe Abbildung 3 und Abbildung 1 oben). Beide Ausgaben stiegen in Phasen anhaltenden Wirtschaftswachstums und zunehmender öffentlicher Ausgaben Anfang der 2000er-Jahre an und stagnierten bzw. sanken dann um 2010 nach der globalen Finanzkrise und dem Haushaltsdruck durch Sparmaßnahmen in vielen Industrieländern.

Ab Mitte der 2010er-Jahre erholte sich die öffentliche Entwicklungshilfe (ODA) allmählich, begünstigt durch das erneute Wirtschaftswachstum und die Zusagen der Geber für die 2015 verabschiedeten Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) sowie durch humanitäre Krisen in Afghanistan und Syrien, die die Unterstützung für das Internationale Entwicklungs- und Forschungszentrum (IDRC) verstärkten.¹⁴ Ab 2015 zogen auch die Militärausgaben wieder an, insbesondere von europäischen DAC-Mitgliedern nach der Annexion der Krim durch Russland im Jahr 2014.

In jüngster Zeit haben sich die beiden Indikatoren jedoch auseinanderentwickelt. Die Militärausgaben sind nach Russlands großangelegtem Einmarsch in die Ukraine 2022 stark angestiegen, was die Aufrüstungsambitionen Europas und die höheren Ausgabenverpflichtungen der NATO-Mitgliedstaaten widerspiegelt.¹⁵ Wie bereits erwähnt, erreichte auch die öffentliche Entwicklungshilfe (ODA) 2022/23 ein historisches Hoch, bedingt durch außerordentliche Ausgaben im

Zusammenhang mit der Ukraine, Flüchtlingen und der COVID-19-Pandemie, bevor sie ab 2024 mit dem Auslaufen dieser befristeten Ausgaben deutlich zurückging. Weitere Kürzungen werden erwartet, da die Geberländer zunehmend unter Haushaltsdruck stehen und konkurrierende Prioritäten haben. Diese jüngste Divergenz fällt mit einer längerfristigen Entwicklung der Art und Weise zusammen, wie viele Geberländer die Verknüpfung von Entwicklung und Sicherheit gestalten.¹⁶ Während Entwicklung seit mindestens Anfang der 2000er-Jahre zunehmend mit Sicherheitszielen verknüpft wurde, scheinen die jüngsten geopolitischen Spannungen militärischen Fähigkeiten und Abschreckung mehr Gewicht zu verleihen als der Entwicklungszusammenarbeit. [17] Die historisch positive Korrelation zwischen Militärausgaben und Entwicklungshilfe wandelt sich in einen Zielkonflikt zwischen steigenden Militärbudgets und der Aufrechterhaltung der Entwicklungshilfe im Rahmen begrenzter öffentlicher Finanzen. [18]

Länderfallstudien: Deutschland und Vereinigtes Königreich

Fast während des gesamten Untersuchungszeitraums waren die USA, Deutschland und Großbritannien die drei größten Ausgeber sowohl für öffentliche Entwicklungshilfe (ODA) als auch für Militärausgaben unter den DAC-Staaten. Sie repräsentieren rund die Hälfte der gesamten DAC-ODA und etwa zwei Fünftel der weltweiten Militärausgaben und prägen daher maßgeblich die Gesamtentwicklung beider Bereiche. Während der starke Rückgang der ODA im Jahr 2025 primär auf Kürzungen der US-Hilfe zurückzuführen war, sanken auch die US-Militärausgaben infolge der Reduzierung der Militärhilfe für die Ukraine. Deutschland und Großbritannien hingegen liefern deutlichere Beispiele für den budgetären Zielkonflikt zwischen Militär- und Entwicklungsausgaben. Sowohl die Veränderungen ihrer eigenen Ausgaben als auch ihr Einfluss auf andere DAC-Staaten bedeuten, dass die Entscheidungen dieser beiden Staaten einen Hinweis auf die künftigen Ausgabentrends der DAC-Staaten geben.

Deutschland

Die Ausgabenentwicklung Deutschlands verdeutlicht die jüngste Divergenz zwischen Entwicklungshilfe und Militärausgaben. Beide blieben bis Mitte der 2010er-Jahre relativ stabil, bevor sie ab 2015 anstiegen (siehe Abbildung 4). Dies spiegelte die Reaktion auf die Annexion der Krim durch Russland sowie die gestiegenen Ausgaben für Flüchtlinge und die erweiterten Entwicklungsverpflichtungen wider.¹⁹ Die Militärausgaben beschleunigten sich nach Russlands großangelegtem Einmarsch in die Ukraine 2022 und erreichten Rekordwerte, da Deutschland sein größtes Aufrüstungsprogramm seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs umsetzte. Die Bundesregierung hat die Kürzungen der Entwicklungsausgaben in den jüngsten Haushalten explizit mit ihrer

Priorisierung der militärischen Sicherheit begründet und dabei das veränderte europäische Sicherheitsumfeld sowie die Notwendigkeit der Stärkung der militärischen Fähigkeiten angeführt.²⁰

Auf Grundlage der jüngsten Haushaltsankündigungen wird diese Diskrepanz voraussichtlich noch zunehmen, zumindest im Laufe des Jahrzehnts. Laut Deutschlands mittelfristiger Finanzplanung soll die öffentliche Entwicklungshilfe (ODA) als Anteil am Bruttonationaleinkommen (BNE) von 0,56 Prozent im Jahr 2025 auf etwa 0,43 Prozent im Jahr 2029 sinken.²¹ Im Gegensatz dazu werden sich Deutschlands Militärausgaben bis 2030 gegenüber dem Niveau von 114 Milliarden US-Dollar im Jahr 2025 voraussichtlich verdoppeln. Die Erhöhung soll durch eine Kombination aus Kreditaufnahme, einem Sonderfonds und Haushaltsumschichtungen finanziert werden.²² Als Anteil am Bruttoinlandsprodukt (BIP) sollen sie bis 2029 3,5 Prozent erreichen, gegenüber 2,3 Prozent im Jahr 2025. Der Anstieg der Militärausgaben wird jedoch mehr als zehnmal so hoch sein wie die geplante Kürzung der ODA – dies verdeutlicht, dass Kürzungen der Entwicklungshilfe nur einen geringen Beitrag zur Finanzierung der deutschen Militärexpansion leisten, während sie die für die internationale Entwicklung verfügbaren Mittel erheblich reduzieren.

Der Kontrast wird ebenso deutlich im Vergleich einzelner Beschaffungsprogramme. Deutschland hat seit 2020 Rüstungsaufträge im Wert von mehreren zehn Milliarden Dollar erteilt, darunter Großanschaffungen von F-35-Kampfflugzeugen sowie von Luftverteidigungs- und Bodensystemen.²³ Die jährlichen Beschaffungskosten erreichten 2025 rund 96 Milliarden Dollar, mehr als das Dreieinhalbfache der gesamten deutschen Entwicklungshilfe in diesem Jahr.²⁴ Obwohl die 2022 beschafften Flugzeuge voraussichtlich erst um 2029 einsatzbereit sein werden, können Kürzungen der Entwicklungshilfe unmittelbare Auswirkungen auf humanitäre Hilfe und Entwicklungsprogramme haben, wie der plötzliche Rückzug der internationalen Hilfe in Gaza und Subsahara-Afrika zeigt.²⁵ Die geplanten jährlichen Kürzungen im deutschen Entwicklungshaushalt sind im Vergleich zu diesen Beschaffungsprogrammen gering – sie würden nur einen kleinen Teil einer einzelnen Anschaffung finanzieren. Dies unterstreicht, dass Kürzungen der Entwicklungshilfe zwar begrenzte finanzielle Auswirkungen auf die Staatshaushalte haben, aber erhebliche Folgen für die Entwicklung.

Vereinigtes Königreich

Die öffentliche Entwicklungshilfe (ODA) des Vereinigten Königreichs stieg bis Ende der 2010er-Jahre allmählich an, bevor sie nach der Senkung des Hilfsziels – zunächst als „vorübergehend“ dargestellt – von 0,7 auf 0,5

Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) im Jahr 2021 zurückging (siehe Abbildung 5).²⁶ Nach einem kurzzeitigen Anstieg im Zusammenhang mit der Unterstützung für die Ukraine und den Flüchtlingskosten sanken die ODA-Zahlungen 2024 und 2025 erneut. Gleichzeitig stiegen die Militärausgaben als Reaktion auf Russlands umfassenden Einmarsch in die Ukraine und das Ziel der britischen Regierung, die Militärausgaben bis 2027 auf 2,5 Prozent des BIP zu erhöhen, weiter an.²⁷

Im Jahr 2025 stellte die britische Regierung einen expliziten Zusammenhang zwischen diesen Entwicklungen her, indem sie ankündigte, die öffentliche Entwicklungshilfe (ODA) weiter zu kürzen – von 0,5 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) auf 0,3 Prozent bis 2027 –, um höhere Militärausgaben zu finanzieren.²⁸ Auf Basis des prognostizierten BNE sollten dadurch rund 7,5 Milliarden US-Dollar für das Militär frei werden. Die Regierung bezeichnete diese Umstellung als notwendige Reaktion auf die sich verschlechternde Sicherheitslage unter Wahrung der Finanzdisziplin.²⁹ Dies ist eines der deutlichsten Beispiele unter den DAC-Staaten für einen expliziten politischen Zielkonflikt zwischen Entwicklungshilfe und Militärausgaben. Die Kürzung der ODA – prognostiziert auf 0,6 Milliarden US-Dollar zwischen 2025 und 2026 – wird jedoch erneut von der geplanten Erhöhung der Militärausgaben um 5,6 Milliarden US-Dollar im Jahr 2026 deutlich übertroffen.

Deutschland und Großbritannien könnten einen breiteren Trend unter den großen DAC-Gebern repräsentieren, da mehrere Staaten angesichts steigender militärischer und sicherheitspolitischer Prioritäten erhebliche Kürzungen der öffentlichen Entwicklungshilfe (ODA) ankündigen.³⁰ Ihre Erfahrungen liefern zwei Beispiele dafür, wie dieser umfassendere Wandel gerechtfertigt und umgesetzt wird. Sollten diese Pläne Realität werden, würden die künftigen ODA-Kürzungen nicht nur die aktuellen Prognosen übertreffen, sondern auch einen Paradigmenwechsel in der Gebermentalität markieren, indem Entwicklung und Sicherheit als konkurrierende – statt komplementäre – Prioritäten dargestellt würden. Obwohl die durch die Kürzungen freigesetzten Mittel im Vergleich zu den geplanten Erhöhungen der Militärausgaben gering sind, könnten die Auswirkungen auf nachhaltige Entwicklung, humanitäre Hilfe und langfristige globale Sicherheit erheblich sein.

IV.ODA im Verhältnis zum steigenden globalen Bedarf

Wie oben dargestellt, sind die gesamten ODA-Zusagen der DAC-Staaten bis 2025 auf ein Niveau gesunken, das mit dem von 2015 vergleichbar ist. Bereinigt man die Mittel für die Ukraine und die Kosten für Flüchtlinge im Geberland, liegt das Niveau der Kern-ODA sogar noch niedriger bei 141 Milliarden US-Dollar. Gemessen an diesem engeren Maßstab haben die

Zusagen ein Niveau erreicht, das seit 2008 nicht mehr verzeichnet wurde (siehe Abbildung 1). ³¹ Gleichzeitig hat sich der Entwicklungs- und humanitäre Bedarf, den die ODA decken soll, seit Ende der 2000er-Jahre deutlich verändert; der Bedarf übersteigt das Angebot.³²

Indikatoren für den steigenden Bedarf an ODA

Verschiedene Indikatoren deuten auf eine deutlichere und sich verschlechternde globale Lage und einen damit einhergehenden steigenden Bedarf an öffentlicher Entwicklungshilfe (ODA) im Jahr 2025 im Vergleich zu 2008 oder 2015 hin. Am deutlichsten zeigt sich die Verschlechterung im Bereich der konfliktbezogenen Bedürfnisse. Seit 2011 hat die Zahl der staatsbasierten Konflikte, definiert durch die Daten des Uppsala Conflict Data Program (UCDP) zu bewaffneten Konflikten, zugenommen. Im Jahrzehnt von 2016 bis 2025 waren jährlich mehr als 50 Konflikte aktiv.³³ Im Jahr 2025 erreichte die Zahl der staatsbasierten Konflikte mit 65 den höchsten jemals verzeichneten Wert und lag damit um sechs höher als der zweithöchste Wert aus dem Jahr 2024.

Bewaffnete Konflikte erhöhen den Bedarf an Entwicklungshilfe in zahlreichen Sektoren, darunter humanitäre Hilfe, Vertreibung, Zerstörung von Infrastruktur, geschwächte öffentliche Dienstleistungen, Ernährungsunsicherheit und geringeres Wirtschaftswachstum. ³⁴ Sie setzen zudem fragile Staaten oder Staaten mit begrenzten Finanzmitteln zusätzlich unter Druck.³⁵ Die regionale Verteilung der Konflikte ist ebenfalls von Bedeutung: 29 der 65 im Jahr 2025 registrierten bewaffneten Konflikte fanden in Afrika und 19 in Asien statt. Diese Konzentration deckt sich weitgehend mit Fragilitätsmustern: 52 der 61 Staaten, die als hoch- oder extrem fragil eingestuft werden, befinden sich in diesen beiden Regionen.³⁶

Viele Entwicklungsländer und Länder mit niedrigem Einkommen stehen zudem vor dem doppelten Druck schwachen Wirtschaftswachstums, hoher und zunehmender Ungleichheit sowie Armutsquoten, die 2025 voraussichtlich so hoch sein werden wie vor zehn Jahren. ³⁷ Die Weltbank schätzt, dass 2025 etwa 45 Prozent der Bevölkerung Subsahara-Afrikas unter die Armutsgrenze von 3 US-Dollar pro Tag fallen werden; wird diese Grenze auf 8,3 US-Dollar pro Tag angehoben – den von der Weltbank festgelegten Richtwert für Länder mit höherem mittlerem Einkommen –, steigt dieser Anteil auf 89 Prozent.³⁸ Infolgedessen wird eine Entwicklungshilfe (ODA) im Jahr 2025, die historisch betrachtet ähnlich wie 2008 oder 2015 erscheinen mag, aufgrund der Kaufkraftentwertung durch die Inflation und des steigenden humanitären und Entwicklungsbedarfs nicht dieselbe Wirkung in der Entwicklung oder humanitären Hilfe erzielen.

Politische Gewalt ist ein bekanntes Hindernis für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung. ³⁹ Daten des Projekts „Armed Conflict Location and Event Data“ (ACLED) verdeutlichen das Ausmaß der politischen Gewalt in den letzten Jahren:⁴⁰ Die Zahl der registrierten Fälle politischer Gewalt – definiert als Gewaltanwendung durch eine Gruppe mit politischem Ziel ⁴¹ – erreichte über 210.000 in 163 Staaten, gegenüber rund 42.000 Fällen in 72 Staaten im Jahr 2021.⁴² Das zunehmende Ausmaß und die geografische Ausbreitung dieser Gewalt in den letzten Jahren deuten auf einen potenziell größeren Bedarf an Strategien und Maßnahmen zur Prävention, Bewältigung und Reduzierung solcher Gewalt hin. Die öffentliche Entwicklungshilfe (ODA) der DAC-Staaten spielte in der Vergangenheit eine entscheidende Rolle bei friedens- und sicherheitsbezogenen Aktivitäten, darunter Friedensförderung, institutionelle Resilienz und soziale Stabilität. So leistete die Europäische Union (EU) beispielsweise Entwicklungshilfe in Kolumbien, um die Umsetzung des Friedensabkommens von 2016 durch Budgethilfe und Reformen im ländlichen Raum in ehemaligen Kampfgebieten zu unterstützen.⁴³

Für Entwicklungsländer, die den Auswirkungen des Klimawandels ausgesetzt sind, verschärfen Naturkatastrophen den Bedarf an öffentlicher Entwicklungshilfe zusätzlich. ⁴⁴ Die Zahl der jährlich in der EM-DAT-Datenbank erfassten Naturkatastrophen lag in den 2020er Jahren um rund 20 Prozent höher als in den 2010er Jahren. ⁴⁵ Diese Ereignisse betreffen jedes Jahr Hunderte Millionen Menschen in Subsahara-Afrika und im asiatisch-pazifischen Raum. Neben dem unmittelbaren humanitären Bedarf an Nahrungsmitteln, Wasser, Unterkünften und Gesundheitsversorgung führt die Zerstörung von Infrastruktur zu Produktionsausfällen und Arbeitsplatzverlusten und schwächt somit auch die langfristigen Entwicklungsperspektiven.⁴⁶ Derzeit besteht ein anhaltender und zunehmender Bedarf an humanitärer Hilfe und Entwicklungshilfe für Staaten, die in der Klima-Armutsfalle gefangen sind.⁴⁷

Darüber hinaus erhöht die Stagnation der wirtschaftlichen und menschlichen Entwicklung den Druck auf die Entwicklungshilfe. Die Armutsbekämpfung hat sich seit Ende der 2010er-Jahre deutlich verlangsamt; die Weltbank stellt fest, dass die Fortschritte angesichts des geringen Wirtschaftswachstums, der Rückschläge durch die Covid-19-Pandemie und der zunehmenden Fragilität ins Stocken geraten sind. Die Armutsquoten in einkommensschwachen Ländern sind höher als vor der Covid-19-Pandemie.⁴⁸ Gleichzeitig beschreibt der UNDP-*Bericht zur menschlichen Entwicklung 2025* eine deutliche Verlangsamung der Fortschritte in der menschlichen Entwicklung seit 2020, wobei Subsahara-Afrika besonders betroffen ist. ⁴⁹ Diese Trends unterstreichen den Bedarf an zentraler öffentlicher Entwicklungshilfe, die

auf Armutsbekämpfung und nachhaltiges und inklusives Wirtschaftswachstum ausgerichtet ist.

Der hohe – und potenziell steigende – Bedarf an öffentlicher Entwicklungshilfe (ODA) bei gleichzeitig erwarteten weiteren Kürzungen gibt Anlass zur Sorge über eine wachsende Finanzierungslücke. Um diese Lücke zu bewerten, muss die prognostizierte ODA mit dem Niveau verglichen werden, das sich aus den bisherigen Geberreaktionen auf globale Krisen und Entwicklungsherausforderungen ergibt. Der Vergleich von tatsächlicher und prognostizierter ODA kann Erkenntnisse liefern, die Jahresgesamtwerte nicht erfassen können, beispielsweise ob die Finanzierung sinkt, während der Bedarf steigt. Im Folgenden wird daher eine bedarfsangepasste Schätzung für die ODA entwickelt und mit den tatsächlichen und prognostizierten ODA-Zusagen der DAC-Staaten verglichen. Die sich daraus ergebende Differenz liefert eine Schätzung der potenziellen ODA-Finanzierungslücke im Zeitraum 2026–2028.

Prognose des bedarfsorientierten ODA und der ODA-Lücke, 2026–28

Zur Erstellung von Schätzungen für bedarfsangepasste ODA-Niveaus wurde ein empirisches Modell verwendet (siehe Anhang A). Das Modell bildet den historischen Zusammenhang zwischen gemessenem globalen Bedarf und ODA-Zusagen ab. Dadurch werden Vergleichswerte für ODA-Niveaus unter verschiedenen Bedarfsszenarien bereitgestellt. Diese Schätzungen spiegeln die bisherigen Geberreaktionen auf den Bedarf wider und nicht den Finanzierungsbedarf, der zur vollständigen Deckung des aktuellen Bedarfs erforderlich wäre.

Gemäß dem empirischen Modell lässt sich anhand eines ODA-Bedarfsindex eine Prognose für das bedarfsorientierte Niveau der ODA-Zusagen erstellen (siehe Tabelle 1). Dies wurde für drei Szenarien durchgeführt.

1. *Ein Basisszenario* . Dieses Szenario geht davon aus, dass der Bedarf an öffentlicher Entwicklungshilfe (ODA) im Großen und Ganzen dem historischen Niveau von 2017–2021 entspricht. Ausnahmen bilden sogenannte „Schwarze Schwäne“ wie die Covid-19-Pandemie und Russlands großangelegter Einmarsch in die Ukraine.

2. *Szenario mit erhöhtem Bedarf* . In diesem Szenario verstärken sich die globalen Belastungen. Bestehende Konflikte dauern an, neue Konflikte entstehen, Vertreibung nimmt zu, und die wirtschaftliche und menschliche Entwicklung verschlechtert sich, da einkommensschwache Länder mit höheren Energiepreisen, schwächerem Wachstum und geringeren Fortschritten bei der Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung

(SDGs) konfrontiert sind. In diesem Szenario steigt der Bedarf an öffentlicher Entwicklungshilfe (ODA).

3. *Szenario mit geringerem Bedarf* . In diesem Szenario verbessern sich die globalen wirtschaftlichen, politischen und sicherheitspolitischen Bedingungen. Waffenstillstände und Friedensabkommen verringern die Anzahl und Intensität bewaffneter Konflikte, das Wirtschaftswachstum verbessert sich, die Ergebnisse der menschlichen Entwicklung und die Armutsquoten erholen sich, und weniger Menschen sind von Naturkatastrophen betroffen. In diesem Szenario sinkt der Bedarf an öffentlicher Entwicklungshilfe (ODA), verschwindet aber nicht, da Unterentwicklung, Fragilität, klimabedingte Anfälligkeiten und strukturelle Armut fortbestehen.

Wie erhofft, passt das Modell hervorragend zu den Daten zur tatsächlichen öffentlichen Entwicklungshilfe (ODA) im Zeitraum 2005–2022 (siehe Abbildung 6). Ab 2023 verzweigen sich die drei Szenarien; doch jeder Zweig der Verzweigung offenbart eine deutliche Diskrepanz zwischen dem Bedarf an ODA und den von den DAC-Staaten tatsächlich zugesagten ODA-Zahlungen sowie der OECD-Prognose der Zusagen bis 2028.

Im Basisszenario wird der Bedarf an öffentlicher Entwicklungshilfe (ODA) bis 2028 voraussichtlich rund 262 Milliarden US-Dollar erreichen (in konstanten US-Dollar von 2024). Die OECD prognostiziert hingegen, dass die Gesamtzusagen der DAC-Staaten im Jahr 2028 lediglich etwa 147 Milliarden US-Dollar betragen werden.⁵⁰ Dies impliziert eine Finanzierungslücke von rund 115 Milliarden US-Dollar im Jahr 2028 (siehe Tabelle 1). Kumulativ beläuft sich die Lücke zwischen der prognostizierten ODA und dem bedarfsorientierten Basisszenario im Zeitraum 2026–2028 auf rund 313 Milliarden US-Dollar. Dieses Defizit ist zwar signifikant, aber im Verhältnis zum Bruttonationaleinkommen (BNE) der Geberländer gering. Der prognostizierte ODA-Bedarf von 262 Milliarden US-Dollar entspräche 0,42 Prozent des BNE der DAC-Staaten im Jahr 2025.⁵¹ Dies liegt deutlich unter dem international vereinbarten Ziel von 0,7 Prozent des BNE, und die kombinierte ODA der DAC-Geber erreichte in der Vergangenheit fast 0,4 Prozent des BNE. 52 Die im Basisszenario prognostizierten ODA-Bedarfe können somit erfüllt werden.

Bei einem höheren Bedarf ist die Finanzierungslücke deutlich größer. Die prognostizierte Entwicklungshilfe (ODA) auf Basis des Bedarfs müsste bis 2028 rund 326 Milliarden US-Dollar erreichen – mehr als das Doppelte der geplanten DAC-Zusagen. Dies führt zu einer Finanzierungslücke von 179 Milliarden US-Dollar im Jahr 2028. Kumulativ beläuft sich die Lücke im Zeitraum 2026–2028 auf rund 474 Milliarden US-Dollar. Selbst in diesem Szenario mit höherem Bedarf würde die geschätzte Gesamtentwicklungshilfe der DAC-Staaten jedoch nur 0,52 Prozent ihres

Bruttonationaleinkommens (BNE) von 2025 ausmachen und damit weiterhin unter dem Zielwert von 0,7 Prozent liegen.

Selbst bei einem geringeren Bedarf und günstigeren globalen Rahmenbedingungen liegt die geschätzte tatsächliche Entwicklungshilfe (ODA) bis 2028 immer noch 27 Milliarden US-Dollar unter dem prognostizierten Bedarf von 174 Milliarden US-Dollar. Für den Zeitraum 2026–2028 wird die kumulierte Lücke im Szenario mit geringerem Bedarf auf rund 84 Milliarden US-Dollar geschätzt. Dass selbst in diesem Szenario eine solche Lücke besteht, verdeutlicht das erhebliche Ausmaß des ODA-Rückgangs der DAC-Staaten.

Der Vergleich der bedarfsorientierten ODA-Szenarien mit der tatsächlichen ODA legt nahe, dass der Rückgang der ODA-Mittel mehr als nur eine vorübergehende Verringerung der Entwicklungshilfe darstellt. Es handelt sich vielmehr um einen strukturellen und besorgniserregenden Rückzug der DAC-Geber aus der Entwicklungshilfe.

V.Schlussfolgerungen

Es gab eine umfassende, strukturelle Schwächung der Geberunterstützung durch öffentliche Entwicklungshilfe, die teilweise durch Schwankungen bei den krisenbedingten Ausgaben verschleiert wird. Die offiziellen ODA-Zahlen verdecken einen längerfristigen Rückgang der Entwicklungshilfe. Die starken Anstiege in den Jahren 2022/23 waren maßgeblich auf befristete krisenbedingte Ausgaben zurückzuführen, insbesondere auf die Hilfe für die Ukraine und die Kosten für Flüchtlinge im Geberland. Bereinigt man die Mittel um diese Komponenten, ergibt sich ein klareres Bild der Ressourcen, die für eine langfristige, nachhaltige Entwicklung eingesetzt werden. Diese blieben relativ stabil, bevor sie in den Jahren 2024/25 stark zurückgingen.

Die öffentliche Entwicklungshilfe (ODA) ist im Verhältnis zum steigenden globalen Bedarf deutlich zurückgegangen. Dieser Rückgang ist umso bedeutsamer, wenn man ihn mit dem aktuellen Entwicklungs- und humanitären Bedarf vergleicht, anstatt ihn allein auf das historische Ausgabenniveau zu beziehen. Schon vor den jüngsten Kürzungen reichte die ODA nicht aus, um den globalen Bedarf zu decken. Die hier vorgestellte bedarfsorientierte Analyse deutet auf einen strukturellen und besorgniserregenden Rückzug der DAC-Geber aus der Entwicklungshilfe hin. Dieser Rückgang der ODA muss im Kontext verstanden werden, dass es sich nicht einfach um eine Rückkehr zum Niveau von vor 10–15 Jahren handelt, sondern dass er im Verhältnis zum tatsächlichen Bedarf an ODA dramatischer und die Finanzierungslücke weitaus folgenreicher ist. Die Geber stellen weniger Mittel bereit, während der Bedarf an Entwicklungs-

und humanitärer Hilfe weiterhin hoch ist und möglicherweise sogar noch steigt.

Die DAC-Staaten haben die Kürzungen der öffentlichen Entwicklungshilfe (ODA) als notwendig für höhere Militärausgaben dargestellt, doch diese Kürzungen tragen nur begrenzt dazu bei. Der gleichzeitige Rückgang der ODA und der Anstieg der Militärausgaben bei wichtigen DAC-Gebern bedeutet nicht, dass die Kürzungen der Entwicklungshilfe eine Hauptfinanzierungsquelle für die Aufrüstung darstellen. Die Beispiele Deutschlands und Großbritanniens zeigen, dass die durch die ODA-Kürzungen erzielten Einsparungen im Verhältnis zum Umfang der geplanten Erhöhungen der Militärausgaben gering sind und daher nur einen begrenzten Beitrag zu langfristigen Aufrüstungsplänen leisten. Diese Kürzungen können jedoch erhebliche Folgen für die Entwicklung und die humanitäre Hilfe haben.

Darüber hinaus wirken sich Entwicklungs- und Militärausgaben zeitlich unterschiedlich aus. Militärausgaben, insbesondere große Beschaffungsprogramme, benötigen Jahre, um sich in tatsächlichen Fähigkeiten niederzuschlagen. Kürzungen der öffentlichen Entwicklungshilfe hingegen können Entwicklungs- und humanitäre Programme deutlich unmittelbarer beeinflussen und haben gleichzeitig langfristige Folgen für nachhaltige Entwicklung und menschliche Sicherheit. Diese unterschiedlichen Zeiträume erschweren weitere Vergleiche, die sich ausschließlich auf die finanziellen Auswirkungen stützen.

Abschließend lässt sich feststellen, dass sich das Verhältnis zwischen Entwicklung und Sicherheit grundlegend wandelt. Die jüngste Divergenz zwischen Entwicklungshilfe und Militärausgaben spiegelt eine Beschleunigung eines längerfristigen Trends in der Sicherheitsdefinition wider. Anstatt Sicherheit als kollektives Ziel zu betrachten, bei dem verbesserte wirtschaftliche, soziale und politische Bedingungen in den Empfängerländern auch zur internationalen Stabilität beitragen können, verstehen viele DAC-Staaten Sicherheit zunehmend im traditionellen Sinne von militärischer Sicherheit und Abschreckung. Obwohl dieser Wandel angesichts der wahrgenommenen unmittelbaren militärischen Bedrohungen verständlich ist, führt er zu wachsenden Spannungen zwischen unterschiedlichen Sicherheitsnarrativen und konkurrierenden Verwendungszwecken begrenzter öffentlicher Mittel. Entwicklung sollte stattdessen als Ergänzung zu Militärausgaben im Rahmen einer umfassenderen Sicherheitsagenda gesehen werden.

Anhang A.Methodik für die empirische Analyse

Um die Lücke zwischen verfügbaren ODA-Mitteln und dem humanitären und Entwicklungsbedarf zu ermitteln, kann eine bedarfsangepasste

Schätzung der ODA-Zusagen der DAC-Staaten unter verschiedenen Bedarfsszenarien erstellt werden. Diese Schätzung misst, wie die Hilfszusagen ausgesehen hätten, wenn sie weiterhin – im Einklang mit den bisherigen Gebermustern – auf den globalen Bedarf reagiert hätten, auch wenn dies nicht ausreichte, um den globalen Bedarf zu decken. Diese Muster waren vor der jüngsten Abschwächung des Geberengagements zu beobachten. Da die Analyse die ODA aller DAC-Staaten umfasst, gibt es keine vergleichbare Gruppe, mit der die tatsächlichen ODA-Zusagen verglichen werden könnten.⁵³ Die Analyse verwendet daher ein bedarfsbasiertes Modell, um abzuschätzen, wie sich die ODA-Zusagen entwickelt hätten, wenn sie weiterhin auf den globalen Bedarf reagiert hätten.

Ein Index der ODA-Bedarfe

Der erste Schritt ist die Erstellung eines Index für den Bedarf an öffentlicher Entwicklungshilfe (ODA). Dieser Index kombiniert Indikatoren, die verschiedene Dimensionen des Bedarfs erfassen, basierend auf zehn Variablen, die in der Fachliteratur als treibende Faktoren für den ODA-Bedarf identifiziert wurden.

Drei der zehn Variablen beziehen sich auf bewaffnete Konflikte. Die Anzahl der bewaffneten Konflikte (aller Art) gemäß UCDP ($X_{\text{Konflikte}, t}$ im Jahr t) erfasst die Auswirkungen von Konflikten mit staatlicher Beteiligung. Die Anzahl der kampfbedingten Todesfälle in nichtstaatlichen Konflikten ($X_{\text{kampfbedingte Todesfälle}, t}$) versucht, die zahlreichen gemeinschaftlichen und organisierten Konflikte ohne staatliche Beteiligung zu berücksichtigen. Die Daten von ACLED zu gewalttätigen politischen Ereignissen ($X_{\text{politische Gewalt}, t}$) werden verwendet, um gewalttätige und nicht-gewalttätige Übergriffe auf Zivilisten zu erfassen, die in den Datensätzen des UCDP zu bewaffneten Konflikten möglicherweise nicht erfasst werden.

Zwei Variablen, basierend auf Daten von EM-DAT über die Anzahl der Naturkatastrophen pro Jahr ($X_{\text{Katastrophen}, t}$) und die Anzahl der Vertriebenen ($X_{\text{Vertreibung}, t}$), erfassen die kurzfristige humanitäre Hilfe und die Folgewirkungen unerwarteter Naturkatastrophen.

Darüber hinaus erfasst der Weltrisikoindex (WRI) des Instituts für Friedenssicherungsrecht und humanitäres Völkerrecht (IFHV) geopolitische, ökologische, Katastrophen- und andere Risiken, die nicht bereits durch die fünf Variablen UCDP, ACLED und EM-DAT ($X_{\text{WRI}, t}$) abgedeckt werden. Obwohl die Einbeziehung des WRI die Einschränkung von Doppelerfassungen und Multikollinearität mit sich bringt, basiert der Index auf über 100 Variablen. Die positiven Effekte der Erfassung

zusätzlicher fehlender Informationen überwiegen daher den Nachteil einer geringen Anzahl von Doppelzählungen.

Für strukturelle Dimensionen wie wirtschaftliche Entwicklung, Gesundheit und Bildung dienen die HDI-Werte der beiden Subregionen mit dem niedrigsten relativen HDI – Subsahara-Afrika und Südasien ($X_{\text{HDI SSA},\,t}$ bzw. $X_{\text{HDI SA},\,t}$) – als Indikatoren für die Regionen oder Staaten, die am dringendsten auf öffentliche Entwicklungshilfe (ODA) angewiesen sind. Der Human Development Index (HDI) des UNDP setzt sich aus dem geometrischen Mittel des Bruttonationaleinkommens (BNE) pro Kopf, der Lebenserwartung bei Geburt sowie der erwarteten und durchschnittlichen Schuljahre zusammen. Diese Variablen sollen Wissen, einen angemessenen Lebensstandard und ein langes und gesundes Leben repräsentieren, was zusammengenommen die menschliche Entwicklung ergibt.

Zwei bedeutende Ereignisse mit globalen Auswirkungen im Zeitraum 2005–2021 – die Covid-19-Pandemie ($X_{\text{Covid},\,t}$) und die syrische Flüchtlingskrise ($X_{\text{Syria},\,t}$) – werden durch zwei zusätzliche Dummy-Variablen repräsentiert. Diese nehmen in Jahren des Auftretens den Wert 1 und ansonsten den Wert 0 an.

Die zehn Variablen werden normalisiert, indem die Standardabweichung jeder Variable berechnet und ein *z*- Wert ermittelt wird, sodass unterschiedliche Einflussfaktoren auf derselben Skala liegen. Ein Nachteil dieser Methode besteht darin, dass durch die Standardisierung aller Faktoren auf eine einheitliche Skala jede Variable zwangsläufig das gleiche Gewicht erhält. Der Index liefert jedoch einen konsistenten Indikator für den Bedarf an öffentlicher Entwicklungshilfe (ODA) auf Grundlage von Ereignissen und Entwicklungen, für deren Bewältigung ODA in der Vergangenheit eingesetzt wurde. Die Gleichung für den ODA-Bedarfsindex lautet wie folgt:

$$\begin{aligned}\text{ODA-Bedarfsindex}_T \quad = \quad & Z_{\text{KonfliktS},T} + Z_{\text{kampfbedingte Todesfälle},T} + Z_{\text{politische Gewalt},T} \\ & + Z_{\text{Katastrophen},T} + Z_{\text{Verschiebung},T} + Z_{\text{WRI},T} + Z_{\text{HDI SSA},T} \\ & + Z_{\text{HDI SA},T} + Z_{\text{Covid},T} + Z_{\text{Syrien},T},\end{aligned}$$

Wo

$$Z_{J,T} = \frac{X_{J,T} - \bar{X}_J}{S_J}$$

bezeichnet den standardisierten Wert jeder der 10 Variablen *j* im Jahr *t* , berechnet anhand ihres Mittelwerts $\bar{X}_j$ und ihrer Standardabweichung s_j über den Zeitraum. Die Indikatoren lassen sich so interpretieren, dass – mit

Ausnahme der HDIs für Subsahara-Afrika und Südasien (d. h. $X_{\text{HDI SSA},\,t}$ und $X_{\text{HDI SA},\,t}$) – höhere Werte einen höheren Bedarf anzeigen.

Das Verhältnis zwischen ODA-Bedarf und ODA-Zusagen

Im zweiten Schritt wird der Zusammenhang zwischen dem ODA-Bedarfsindex und der tatsächlichen ODA der DAC-Staaten geschätzt. Das Modell verwendet Daten aus dem Zeitraum von 2005 bis 2021, also vor der deutlichen Neuausrichtung der Geberbudgets nach Russlands großangelegtem Einmarsch in die Ukraine und dem darauffolgenden Anstieg der Militärausgaben vieler DAC-Staaten. Eine geringe Stichprobengröße in empirischen Analysen beeinträchtigt die statistische Aussagekraft der Schätzungen, und Ausreißer können die Ergebnisse stark beeinflussen. In diesem Fall liegt das Interesse jedoch nicht in der Erklärungskraft oder statistischen Signifikanz der Variablen, sondern in der Güte des Modells (bzw. im Bestimmtheitsmaß R^2). Denn mithilfe dieses Index soll ermittelt werden, ob ein enger Zusammenhang zwischen dem ODA-Bedarfsindex und der tatsächlichen ODA besteht.

Das Modell regressiert die ODA-Zusagen auf den ODA-Bedarfsindex und einen Zeittrend mittels der Methode der kleinsten Quadrate (OLS): [54]

$$\text{ODA verpflichtet}_T = \alpha + \beta \text{ODA-Bedarfsindex}_T + \gamma T + \varepsilon_T,$$

Dabei bezeichnet ODA committed $_t$ die gesamte im Jahr t zugesagte Entwicklungshilfe , der ODA-Bedarfsindex $_t$ ist wie oben definiert, und T stellt einen linearen Zeittrend dar. Der Achsenabschnitt ist α , während β der Koeffizient ist, der den Zusammenhang zwischen zugesagter Entwicklungshilfe und dem ODA-Bedarfsindex nach Berücksichtigung des Zeittrends beschreibt, und ε_t der Fehlerterm ist.

Die Modellgüte legt nahe, dass der Bedarfsindex ein nützlicher Prädiktor für historische ODA-Zusagen ist. Das korrigierte R^2 beträgt 0,79, was bedeutet, dass der Bedarfsindex und der zeitliche Trend einen erheblichen Anteil der Schwankungen der ODA-Zusagen im Zeitraum 2005–2021 erklären. Der Bedarfsindex ist zudem auf dem 5%-Niveau statistisch signifikant, was darauf hindeutet, dass der gemessene Bedarf in diesem Zeitraum mit den DAC-Geberzusagen korrelierte.

Anhand der Ergebnisse der OLS-Regression, die den Zusammenhang zwischen dem ODA-Bedarfsindex und den tatsächlichen ODA-Zusagen ermittelte, lassen sich „angepasste Werte“ für die ODA-Zusagen schätzen. Diese Werte entsprechen den vom Regressionsmodell (d. h. dem ODA-Bedarfsindex) für jedes Beobachtungsjahr prognostizierten ODA-Niveaus. Sie dienen als Vergleichswert für die zu erwartende ODA, basierend auf dem ermittelten Bedarf. Dieser Vergleichswert ermöglicht den Vergleich mit

den tatsächlich zugesagten ODA-Leistungen und bildet die Grundlage für eine zukünftige Prognose des bedarfsorientierten ODA-Niveaus (siehe Tabelle 1 oben).

Prognosen für 2026–28

Der ODA-Bedarfsindex wird für den Zeitraum 2026 bis 2028 unter drei Szenarien prognostiziert, die unterschiedliche Verläufe humanitärer Krisen und Entwicklungsdrucke berücksichtigen. Die allgemeine Spezifikation lautet:

$$N_T^S = C_S + P_S N_{T-1}^S, \text{ für } S \in \{\text{B, H, L}\},$$

Dabei repräsentiert *N* _{t, s} den ODA-Bedarfsindex im Jahr *t* unter Szenario *s* , welches Basisszenario (B), Hochszenario (H) oder Niedrigszenario (L) sein kann; *c* _s ist ein konstanter jährlicher Zuschlag zum bedarfsbereinigten ODA-Index, der die Veränderung des humanitären und Entwicklungsbedarfs in Indexpunkten erfasst; und *p* _s ist der Anteil des Index aus dem Vorjahr, der übertragen wird. Im Basisszenario und im Szenario mit höherem Bedarf wird der gesamte Bedarfsindex des Vorjahres übertragen (d. h. *p* _B = 1 und *p* _H = 1), da sich der ODA-Bedarf nicht verbessert, sondern gleich bleibt oder sich sogar verschlechtert. Im Szenario mit niedrigerem Bedarf sinkt der Bedarfsindex des Vorjahres proportional, wobei *p* _L = 0,9816 . Dieser Wert wurde in der empirischen Analyse unter Berücksichtigung von Variablen wie der geringeren Anzahl von Konflikten, dem Waffenstillstand im Ukraine-Krieg und der Verbesserung der HDI-Werte in Subsahara-Afrika und Südasien ermittelt.

Im Szenario mit geringerem Bedarf beträgt die konstante jährliche Erhöhung des Bedarfsindex null (d. h. *c* _L = 0). Zusammen mit einem *p* _L-Wert kleiner als 1 führt dies zu einem allmählichen Rückgang des bedarfsbereinigten ODA-Index. Dieser Rückgang spiegelt eine angenommene Entspannung des Entwicklungs- und humanitären Bedarfs wider. In diesem Szenario sinkt der Bedarfsindex jährlich um etwa 1,84 Prozent (d. h. der Wert jedes Jahres beträgt 98,16 Prozent des Wertes des Vorjahres). Der absolute Rückgang des Index verlangsamt sich, da eine konstante relative Reduzierung von 1,84 Prozent im Laufe der Zeit zu jährlich geringeren absoluten Reduzierungen führt.

Im Basisszenario wird *c* _B auf Grundlage des linearen Trends des ODA-Bedarfsindex für die Jahre 2022–2025 auf 0,28 geschätzt; er erfasst somit die wirtschaftlichen, geopolitischen und naturkatastrophenbedingten Entwicklungen in den vier Jahren vor 2026. Dies bedeutet einen stetigen Anstieg des Index, der einen allmählichen Anstieg des ODA-Bedarfs widerspiegelt, der einer allmählichen

Verschlechterung der humanitären und entwicklungspolitischen Lage entspricht.

Das Szenario mit erhöhtem Bedarf vergleicht den durchschnittlichen ODA-Bedarfsindex für 2019–2021 mit dem für 2022–2025, um die Verschlechterung der Krisen- und Entwicklungsbedingungen zu erfassen. Der spätere Zeitraum war geprägt von mehr Konflikten, sich verschlechternden Entwicklungsergebnissen, zunehmender Vertreibung und den Auswirkungen der Kriege in der Ukraine und im Gazastreifen. Die Differenz zwischen den Durchschnittswerten beider Zeiträume wurde in einen jährlichen Anstieg von *c_H* = 0,855 Indexpunkten umgerechnet. Dieser Anstieg wurde jährlich zum Indexwert von 2025 addiert, um den Bedarf für 2026–2028 zu prognostizieren, falls sich die Verschlechterung zwischen den beiden Zeiträumen fortsetzt. Diese Verschlechterung ist deutlich ausgeprägter als im Basisszenario (mit *c_B* = 0,28) und spiegelt das sich weiter verschlechternde geopolitische Umfeld wider, das zu einem höheren ODA-Bedarf der Empfängerländer führt.

Endnoten

1. 1OECD, „ ODA-Prognosen für 2026 und die nahe Zukunft: Auswirkungen auf gefährdete Länder und Sektoren “, OECD Policy Brief Nr. 59, 19. Juni 2026; und Büro der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA), „ Globaler humanitärer Überblick 2026: Auf einen Blick “, 8. Dezember 2025, S. 2–4.
2. 2OECD, *Staaten der Fragilität 2025* (OECD: Paris, 2025), S. 13–14.
3. 3Lopes da Silva, D. et al., ' Militärausgaben ', und Scarazzato, L. et al., ' Waffenproduktion und Militärdienste ', *SIPRI Jahrbuch 2026: Rüstung, Abrüstung und internationale Sicherheit* (Oxford University Press: Oxford, 2026).
4. 4OECD, Direktion für Entwicklungszusammenarbeit, „ Vorläufige Höhe der öffentlichen Entwicklungshilfe im Jahr 2025: Ausführliche Zusammenfassung “, DCD(2026)8, 15. Juni 2026. Alle US-Dollar-Beträge sind, sofern nicht anders angegeben, in laufenden US-Dollar angegeben (Ausnahmen finden sich im Unterabschnitt zur Prognose der bedarfsorientierten öffentlichen Entwicklungshilfe). Alle Jahresvergleiche erfolgen real (d. h. inflationsbereinigt) auf Basis der konstanten Preise von 2024.
5. 5Resolution 2626 (XXV) der UN-Generalversammlung, „ Internationale Entwicklungsstrategie für das zweite Jahrzehnt der Entwicklung der Vereinten Nationen “, 24. Oktober 1970, Absatz 43; und OECD, „ Erreichen des 0,7% ODA/BNE-Ziels bei gleichzeitiger Wahrung der Finanzierungszusagen “, 28. Juni 2021.

6. 6Schiano Lomoriello, R. und Scott, R., ' Welche öffentliche Entwicklungshilfe ging in fragile Kontexte? ', OECD, *Staaten der Fragilität 2018* (OECD: Paris, 2018).
7. 7OECD (Anmerkung 1); und UN-Büro für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (Anmerkung 1).
8. 8OECD, „ Die neuesten ODA-Prognosen für 2026 zeigen, dass die Hilfe für Gesundheit weiter gefährdet ist “, 29. Juni 2026.
9. 9Ahmad, AS, Trebosc, C. und Tarif, K., „ Aid cuts and security risks: From health system disruption to human insecurity “, SIPRI Research Policy Paper, Juni 2026.
10. 10da Silva AF et al., ' Auswirkungen von zwei Jahrzehnten humanitärer Hilfe und Entwicklungshilfe und die prognostizierten Folgen der aktuellen Kürzung der Mittel für die Sterblichkeit bis 2030: Retrospektive Evaluierungs- und Prognoseanalyse ', *The Lancet Global Health* , Bd. 14, Nr. 5 (Mai 2026).
11. 11OECD (Anmerkung 1).
12. 12Cattaneo, O., „ Die Hilfskrise verstehen und überwinden “, Elcano Royal Institute, 30. Juni 2025.
13. 13Lopes da Silva et al. (Anmerkung 3).
14. 14Resolution 70/1 der UN-Generalversammlung, „ Transformation unserer Welt: Die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung “, 25. September 2015.
15. 15Lopes da Silva et al. (Anmerkung 3); und Scarazzato et al. (Anmerkung 3).
16. 16Kumar, C. et al., *The Case for Development in 2025: Exploring New Narratives for Aid in the Context of the EU's New Strategic Agenda* (ODI Europe: Brüssel, Juni 2025), S. X–XIV; und Lazell, M. und Petrikova, I., ' Is development aid securitized? Evidence from a cross-country examination of aid commitments ', *Development Policy Review* , Bd. 38, Nr. 3 (Mai 2020).
17. 17Lazell und Petrikova (Anmerkung 16); und Olivié, I. und Pérez, A., „ Wessen und welche Art von Hilfssicherheit? Eine Analyse der Narrative und Ströme der EU-Hilfe “, *Third World Quarterly* , Bd. 42, Nr. 8 (2021).
18. 18Langlotz, S. und Potrafke, N., „ Erhöht Entwicklungshilfe die Militärausgaben ?“, *Journal of Comparative Economics* , Bd. 47, Nr. 3 (Sep. 2019); Round, JI und Odedokun, M., „ Hilfeaufwand und seine Determinanten “, *International Review of Economics & Finance* , Bd. 13, Nr. 3 (2004); und Mo Ibrahim Foundation, „ Afrikas Abhängigkeit von Entwicklungshilfe entmystifiziert “, Forschungsbericht, Okt. 2025, S. 9.
19. 19Drescher, S., „ Verzerrtes Zitat “, *Welt-Sichten* , 13.04.2016; und OECD, „ Profile der Entwicklungszusammenarbeit: Deutschland “, 16. Juni 2026.
20. 20Fürstenau, M., „ Deutschland kürzt Entwicklungshilfe, um Verteidigungsausgaben zu erhöhen “, DW, 30. Juni 2025.

21. 21' Deutschland veröffentlicht Haushaltsentwurf für 2026 und signalisiert Rückgang bei der öffentlichen Entwicklungshilfe ', Donor Tracker, SEEK Development, 30. Juli 2025.
22. 22Nöstlinger, N., ' Deutschland erhöht Verteidigungsausgaben im neuen Haushaltsplan vor dem NATO-Gipfel ', Politico, 6. Juli 2026.
23. 23Siebold, S., „ Deutschland prüft Kauf von acht weiteren F-35-Jets “, 7. Juni 2024, Reuters; „ Deutschland und Israel unterzeichnen Abkommen über den Kauf eines US-israelischen Raketenabwehrsystems durch Berlin “, Associated Press, 28. September 2023; und Rheinmetall, „ Großauftrag für die deutsche Wehrtechnikindustrie: Bundeswehr bestellt fünfzig weitere Schützenpanzer vom Typ Puma “, 15. Mai 2023.
24. 24Institut für Weltwirtschaft Kiel, „ Hohe Ausgaben, wenig Zukunft: Deutschland rüstet anders auf als Polen und Großbritannien “, 12. Mai 2026.
25. 25Mercy Corps, „ Wenn die Hilfe verschwindet: Die menschlichen Kosten der Kürzungen der Auslandshilfe “, 1. April 2025.
26. 26Britisches Außen-, Commonwealth- und Entwicklungsministerium, „ Änderungen am britischen Entwicklungshilfe-Budget im Rahmen der Ausgabenüberprüfung “, 26. November 2020.
27. 27Starmer, K., Erklärung vor dem Unterhaus , 25. Februar 2025.
28. 28Britisches Außen-, Commonwealth- und Entwicklungsministerium, „ Hauptschätzungsmemorandum für das Außen-, Commonwealth- und Entwicklungsministerium 2025–26 “, 9. Mai 2025.
29. 29Britisches Außen-, Commonwealth- und Entwicklungsministerium (Anmerkung 28), Abschnitt 1.8.
30. 30Eg Heinen, E., niederländischer Finanzminister, Rede zur Vorstellung des Haushaltsmemorandums 2025 , 18. September 2024; und finnisches Außenministerium, Haushaltsvorschlag für das Außenministerium und seine Regierungszweige für 2026 , 23. September 2025.
31. 31Welch, Z. und Laub, K., „ Die Auswirkungen der Verteidigungsausgaben auf die ODA: Ausblick und Trends “, Donor Tracker, SEEK Development, 27. Mai 2025.
32. 32Kharas, H., „Auf dem Weg zu einer zweckorientierten öffentlichen Entwicklungshilfe“, in: M. Ahmed, R. Calleja und P. Jacquet, *Die Zukunft der öffentlichen Entwicklungshilfe: Inkrementelle Verbesserungen oder radikale Reform?* (Center for Global Development: Washington, DC, 2025).
33. 33Rustad, SA, *Conflict Trends: A Global Overview, 1946–2025* (Peace Research Institute Oslo: Oslo, 2026), S. 12–13.

34. 34Vesco, P. et al., „ Die Auswirkungen bewaffneter Konflikte auf die menschliche Entwicklung: Ein Literaturüberblick “, *World Development* , Bd. 187 (März 2025).
35. 35Chowdhury, AR und Murshed, SM, ' Conflict and fiscal capacity ', *Defence and Peace Economics* , vol. 27, no. 5 (Oct. 2016).
36. 36OECD (Anmerkung 2), S. 213.
37. 37Chrimes, T. et al., *The Great Reversal: Prospects, Risks, and Policies in International Development Association (IDA) Countries* (World Bank: Washington, DC, 2024); und Helth Lønborg, J. et al., ' September 2025 global poverty update from the World Bank: New data and regional classifications ', World Bank Data Blog, 30 Sep. 2025.
38. 38Helth Lønborg et al. (Anmerkung 37).
39. 39Cotte Poveda, A. und Martinez Carvajal, J., „ Wirtschaftliche Entwicklung, politische Gewalt und soziopolitische Instabilität in Kolumbien: Eine ökonometrische Analyse mit Paneldaten “, *European Research Studies Journal* , Bd. 22, Nr. 1 (2019).
40. 40Zur Ausweitung der geografischen Abdeckung von ACLED im Laufe der Zeit, die bei historischen Vergleichen Vorsicht erfordert, siehe Armed Conflict Location and Event Data (ACLED), ' Country/time-period coverage ', [nd].
41. 41Daten zu Standorten und Ereignissen bewaffneter Konflikte (ACLED), ' ACLED-Codebuch ', [o. J.].
42. 42Daten zu Standorten und Ereignissen bewaffneter Konflikte (ACLED), ' Anzahl politischer Gewaltereignisse nach Land-Jahr ', ACLED-Daten, [o. J.].
43. 43OECD, *Frieden und öffentliche Entwicklungshilfe* , OECD-Entwicklungsperspektiven Nr. 37 (OECD: Paris, Okt. 2023), S. 9–21; und Ioannides, I., *Frieden und Sicherheit im Jahr 2019: Bewertung der EU-Bemühungen zur Unterstützung des Friedens in Kolumbien* (Europäisches Parlament, Forschungsdienst des Europäischen Parlaments: Brüssel, Mai 2019).
44. 44UN-Wirtschafts- und Sozialkommission für Asien und den Pazifik (ESCAP), „ Die ungewisse Zukunft der ODA im Pazifik: Warum sie wichtiger denn je ist “, 12. Februar 2026.
45. 45Universität Löwen, Zentrum für Katastrophenepidemiologie (CRED), EM-DAT . Da die jährliche Anzahl von Naturkatastrophen erheblich schwanken kann, wird ein gleitender Dreijahresdurchschnitt verwendet, um einen stabileren Trend zu erfassen. Verbesserungen bei der Katastrophenmeldung von EM-DAT im Laufe der Zeit, insbesondere bei kleineren Ereignissen in Ländern mit niedrigem Einkommen, können zu Abweichungen zwischen den Zahlen der beiden Zeiträume führen.
46. 46Arezki, R. et al., ' Naturkatastrophen und die Verteilung von Entwicklungshilfe: Wie viel, wie schnell und an wen? ', *World Development* , Bd. 203 (Juli 2026).

47. 47Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) und Oxford Poverty & Human Development Initiative (OPHI), *Globaler multidimensionaler Armutsindex (MPI) 2025 – Überlappende Härten: Armut und Klimarisiken* (UNDP: New York, 2025).
48. 48Weltbank, *Armuts-, Wohlstands- und Planet-Bericht 2024: Wege aus der Polykrise* (Weltbank: Washington, DC, 2024), S. 49.
49. 49UN-Entwicklungsprogramm (UNDP), *Bericht über die menschliche Entwicklung 2025 – Eine Frage der Wahl: Menschen und Möglichkeiten im Zeitalter der KI* (UNDP: New York, 2025), S. 4–5.
50. 50OECD (Anmerkung 1). Die Inflationsprognosen basieren auf OECD-Projektionen. Alle in diesem Unterabschnitt und in Tabelle 1 genannten Werte sind in konstanten US-Preisen von 2024 angegeben und basieren auf den OECD-Inflationsprognosen.
51. 51OECD (Anmerkung 1).
52. 52OECD, „ DAC1: Flows by provider “, OECD Data Explorer, 10. Juli 2026.
53. 53Abadie, A., Diamond, A. und Hainmueller, J., „ Synthetische Kontrollmethoden für vergleichende Fallstudien: Schätzung der Wirkung des kalifornischen Tabakkontrollprogramms “, *Journal of the American Statistical Association* , Bd. 105, Nr. 490 (Juni 2010); und Bove, V., Elia, L. und Smith, RP, „ Die Beziehung zwischen Panel- und synthetischen Kontrollschätzern der Wirkung des Bürgerkriegs “, Birkbeck Centre for Applied Macroeconomics (BCAM) Working Papers Nr. 1406, Okt. 2014.
54. 54Wooldridge, JM, *Einführung in die Ökonometrie: Ein moderner Ansatz* , 6. Aufl. (Cengage Learning: Boston, MA, 2016), S. 19–104.